

Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zug (GGZ)
Generalversammlung, 7. Juni 2011, Zug

Die GGZ als wichtiger Pfeiler für den sozialen Zusammenhalt

Grusswort von Landammann Matthias Michel

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Verantwortliche und Mitglieder der GGZ
Geschätzte Damen und Herren

Verstärkt fokussieren in den vergangenen Monaten die nationalen Medien auf das Zuger Wachstum und dessen Schattenseiten (inzwischen aber auch auf die Frage, wie wir in Zug damit umgehen). Und auch in der Zuger Gesellschaft sind dies viel diskutierte Themen, auch wenn wir an unserer Lebensqualität, an unserem Wohlstand Freude haben.

Es geht oft um das Thema der Veränderung der Umgebung (baulich, gesellschaftlich mit der "neuen" Immigration), um die Knappheit und den Preis des Wohnraums usw. Zug ist internationaler geworden, urbaner. Und teilt viele Fragen und Herausforderungen sozialer Art mit anderen Zentren.

Wie wir mit diesen Veränderungen umgehen, ist eine gesellschaftliche und individuelle Herausforderung und zugleich Aufgabe. Der Staat kann und soll hier nicht alles richten. Nicht von ungefähr tut man sich mit Regulierungen etwa zur Integration so schwer: So wurde ein Entwurf des Zürcher Integrationsgesetzes monatelang in über 20 Sitzungen der vorberatenden Kommission des Zürcher Kantonsrates debattiert; und am Schluss verworfen. Das ist symptomatisch - mit staatlichen Regulierungen kann Integration nicht erreicht werden. Dies als ein Beispiel für die -auch natürlichen - Grenzen des Staates.

Wo der Staat Räume offen lässt oder lassen muss, da ist persönliches und gesellschaftliches Engagement gefragt. Das war zur Entstehungszeit der GGZ so. Zur Zeit, als die GGZ entstand, Ende des 19. Jahrhunderts, beschränkte sich der Staat auf den Schutz der individuellen Freiheit. Bereiche wie Bildung und Gesundheit waren staatlich kaum ausgebildet. Entsprechend war hier die Initiative und die Tätigkeit von Privaten, wie gerade auch der GGZ, wichtig.

Seither hat sich der Staat zum Sozial- und Wohlfahrtsstaat entwickelt. Es gibt kaum mehr Bereiche, welche nicht vom Staat geregelt und finanziert werden. Entsprechend haben sich viele gemeinnützige Institutionen zu Auftragnehmerinnen im Rahmen von Leistungsaufträgen mit dem Staat, auch dem Kanton Zug, entwickelt. Das ist einerseits schön: Wir haben nicht den Anspruch, dass der Kanton alles kann. Vielmehr möchten wir auf das Wissen und die Erfahrung gerade auch einer GGZ abstützen und entsprechend Leistungen im öffentlichen Interesse durch die GGZ, wie auch viele andere private Institutionen, erfüllen lassen.

Es gibt aber nach wie vor und immer wieder Bereiche, wo der Staat nicht tätig ist, nicht tätig sein kann. Hier ist es wichtig und richtig ist, dass sich Private und Gemeinnützige engagieren. In diesem Sinn lese ich auch das Votum Ihres Präsidenten im diesjährigen Jahresbericht: Die GGZ dürfe ihre Aufgabe nicht darauf beschränken, in erster Linie öffentliche Aufgaben des Staates zu erfüllen, schreibt er; vielmehr könne die GGZ die staatlichen Aufgaben ergänzen in Bereichen, die als echt gemeinnützig bezeichnet werden könnten. Ich kann dieses Votum unterstützen. Und freue mich, dass die GGZ in diesem Sinn sich mit einem neuen Projekt dem preisgünstigen und familiengerechten Wohnungsbau widmet.

Und zurückkommend auf den Beginn meiner Ausführungen: Das Engagement von Ihnen allen, von den Verantwortlichen der GGZ, ist in einer Zeit, in welcher Veränderungen nicht nur positiv wahr genommen werden und auch als Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt empfunden werden, um so wichtiger.

Ich danke Ihnen namens des Zuger Regierungsrates für dieses wichtige Engagement in der beeindruckenden Breite. Und zähle darauf, dass die GGZ - sich durchaus der erwähnten Tradition des ergänzenden Engagements - immer wieder den Spürsinn und die Aufmerksamkeit hat, sich wichtigen, auch neuen Aufgaben gerade zur Förderung des sozialen Zusammenhalts widmet.